

**Entwurf der Haushaltssatzung der  
Stadt Waldbröl  
für das Jahr 2018**

1. Schreiben der Kommunalaufsicht mit Datum vom 13. Oktober 2017
2. Einbringung des Haushaltsentwurfes
3. Veränderungen
  - a. Strukturelle Veränderungen
  - b. Konjunkturelle Veränderungen
4. Zusammenfassung und Bewertung | Handlungsempfehlungen

## 1. Schreiben der Kommunalaufsicht mit Datum vom 13. Oktober 2017

Mit Schreiben vom 13. Oktober 2017 hat der Oberbergische Kreis als Kommunalaufsicht den Haushaltsplan 2017 der Stadt Waldbröl mit Nebenbestimmungen genehmigt.

Wie allgemein bekannt ist, hat die Stadt Waldbröl spätestens seit Einführung des "Neuen Kommunalen Finanzmanagement" massive Probleme, den strukturellen Haushaltsausgleich zu erreichen. Wesentliche Aufwandspositionen sind hierbei im Jahr 2018 und den Vorjahren:

Kreisumlage	Mio. € 18,9
Personalaufwand	Mio. € 6,4 zzgl. Versorgungsaufwendungen
Schulträgeraufgaben	Mio. € 4,6
soziale Leistungen	Mio. € 2,5

Die Stadt Waldbröl plant für das Jahr 2018 mit Einnahmen aus den Realsteuern, den Anteilen der Kommunen aus Einkommens- und Umsatzsteuer sowie den Schlüsselzuweisungen in Höhe von ca. Mio. € 47,7 für das Jahr 2018. Von diesen Einnahmen müssen fast 63% aufgrund der Kreisumlage, dem Personalaufwand oder den Schulträgeraufgaben verausgabt werden.

Das in der Stadt Waldbröl geführte Haushaltssicherungskonzept führt jedermann deutlich vor Augen, dass Einsparungen auf Seiten der Ausgaben nur einen sehr geringen Teil der Zielsumme ausmachen. Hierbei führen die Einsparungen in der Regel zu deutlichen Qualitätsverlusten in der Kommune selber. Exemplarisch seien hier die Schließung der Heidberghalle (noch in 2016 mit einer Einsparung in Höhe von T€ 113 p.a. eingeplant) oder des Schwimmbades zu nennen. Auch Einrichtungen der Bildung und der Kultur, wie die sehr aktive Bücherei, stehen auf dieser Liste. Am Beispiel der Bücherei wird dies besonders deutlich. So sind hier, neben den Einsparungen im Bereich der Personalkosten, sobald die betroffenen Mitarbeiter im Pension gehen, insgesamt T€ 21 als jährliche Einsparung vermerkt - T€ 2 durch die Hebung von Synergien mit der Schulbücherei und T€ 19 an Sachaufwand durch den Verkauf des Gebäudes.

Der wesentliche Teil des HSK wird allerdings durch geringere Personalkosten und höhere Steuereinnahmen realisiert. Im Bereich der Personalkosten bleibt abzuwarten, wie sich die Personalausstattung verändern wird - allerdings ist hier ein nicht unwesentlicher Aspekt, dass auch öffentliche Arbeitgeber wie die Kommune eine Fürsorgepflicht für ihre Arbeitnehmer haben. Eine dauerhafte Überbelastung der Arbeitnehmer führt in der Regel dazu, dass diese immer häufiger durch Erkrankung ausfallen und dadurch die zu erledigenden Tätigkeiten auf immer weniger Schultern verteilen.

Weitergehende Steigerungen in der Steuerbelastung sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der Gewerbetreibenden, bei gleichzeitiger Reduzierung der öffentlichen Angebote, führt unweigerlich dazu, dass die Attraktivität der Stadt Waldbröl deutlich abnimmt. Die heute noch durch Zuzüge stabilen Einwohnerzahlen werden dadurch negativ beeinflusst. Die Ausgaben der Stadt Waldbröl sind zu einem hohen Anteil nicht zu beeinflussen.

Historisch bedingt hat sich rund um das Gymnasium am Hollenberg eine prosperierende Schullandschaft entwickelt. Die Stadt Waldbröl bietet nicht nur ausreichende Kapazitäten für die eigenen Schülerinnen und Schüler, sondern auch vielfältige Bildungschancen für Kinder und Jugendliche aus den umliegenden Kommunen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Waldbröl immense Aufwendungen im Bereich der Bildung nahezu alleine aufbringen, ohne eine nennenswerte Kompensation durch die umliegenden Kommunen, den Kreis oder das Land zu erhalten. Im Gemeindefinanzierungsgesetz ist der Anteil der Schüler leider nur ein Nebenansatz, welcher nicht einmal ansatzweise die tatsächlich entstehenden Kosten für auswärtige Schülerinnen und Schüler deckt. Darüber hinaus bleibt festzustellen, dass sich die Stadt Waldbröl darum bemüht, einen Schulentwicklungsplan mit der Gemeinde Morsbach zu erarbeiten, aus dem heraus sich auch Einsparungen bei den Kosten im Schulbereich ergeben könnten. Die Chance auf eine finanzielle Beteiligung der Nachbarkommunen auf freiwilliger Basis wird zurzeit eher kritisch gesehen.

Auch der Bereich der sozialen Leistungen ist für die Stadt Waldbröl ein immenser Kostenblock, welcher durch zusätzliche Steuereinnahmen abgedeckt werden muss. Auch hier hat die Stadt Waldbröl keinerlei Handlungsspielraum, sondern bekommt entsprechende Zuweisungen von Personen von anderen Behörden. Eine entsprechende, kostendeckende Erstattung für eine Herausforderung, deren Kosten durch alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik getragen werden sollte, findet nicht statt. Schon heute fordert beispielsweise das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) die sogenannte "Flüchtlingsrücklage" den Kommunen zukommen zu lassen, damit diese ihre Haushalte entlasten können.

## **2. Einbringung des Haushaltsentwurfes**

Der Entwurf des Haushaltes wurde durch den Bürgermeister in der Ratssitzung vom 15.11.2017 eingebracht. Im Wesentlichen enthielt dieser eine deutliche Steigerung im Bereich der Realsteuern sowie die weiterführende Investitionstätigkeit im Rahmen des IEHK für Waldbröl, welche nahezu vollständig im investiven Bereich angesiedelt ist.

## **3. Veränderungen**

### **a. Strukturelle Veränderungen**

Durch das 2013 verabschiedete IEHK erlebt die Stadt Waldbröl aktuell eine sehr intensive Bauphase. Veränderungen sind ganz wesentlich auch im Bereich des Straßenbaues erkennbar. Aktuell befinden sich Maßnahmen wie der Bereich an der Post, Vennstraße oder auch der Kreuzungsbereich Homburger Straße / Nümbrechter Straße in der finalen Phase.

Besonders hervorzuheben ist im Zusammenhang des IEHKs allerdings der "Dreiklang" von Hallenbad, Bürgerdorf am Alsberg und Merkur-Areal. Hier wird die Grundlage geschaffen, die Stadt Waldbröl wieder kulturell und wirtschaftlich zu beleben.

Das Bürgerdorf am Alsberg befindet sich bereits in der fortgeschrittenen Bauphase, dass Hallenbad wird zum Sommer 2018 geschlossen und dann in gut einem Jahr zu einem integrativen Hallenbad umgebaut. Die weiterführenden Gespräche mit Investoren für das Merkur-Areal zeigen deutlich positive Signale und eine Entscheidung über einen Invest ist in diesem Jahr zu erwarten. Dadurch gewinnen die Immobilieneigentümer und weitere potentielle Investoren eine entsprechende Planungssicherheit, welche Folgeinvestitionen von schätzungsweise 20 Mio. Euro bis 30 Mio. Euro möglich machen. Diese hängen eng mit dem dann aufstrebenden Zentrum der Stadt Waldbröl zusammen, da der Leerstand der heutigen Merkur-Brache dann beseitigt sein wird.

Wichtige weitere Entwicklungsmaßnahmen können realisiert werden, wenn es zur Vermarktung der Petz-Immobilie kommen wird. Die Stadt hat das brachliegende Gelände bereits erworben, z.B. für die Errichtung eines größeren, gemischten Wohnbauprojektes. Dazu kommt die Entwicklung weiterer Flächen, die sich im Eigentum der Stadt befinden und mit dem aufstrebenden Zentrum eine hohe Nachfrage erfahren werden. Dazu gehört insbesondere die Fläche am Alsberg, auf der sich heute noch die Bauverwaltung befindet und eine große Fläche entlang der Friedenstraße, die in Zukunft die Innenstadt baulich arrondieren wird.

Auch die privaten Bauaktivitäten im Stadtgebiet haben sich deutlich erhöht. So wurden u. a. im Bereich der Schillerstraße oder auch in der Homburger Straße diverse Neubauten erstellt bzw. sind kurz vor der Fertigstellung.

Ein weiteres Baugebiet ist das sogenannte Areal "Breuers Wiese", auf welchem rund 150 Wohneinheiten entstehen werden. Ebenfalls ist aktuell der Bereich "Heidberg-Süd" mit rund 25 Wohneinheiten in der abschließenden Planung.

Nach den Berechnungen des Büros ASS im Rahmen des IEHK Wíndeck/Waldbröl besteht in Waldbröl ein Wohnraumbedarf bis 2025 von rund 1.200 Wohneinheiten (vgl. IEHK Seite 30ff.), welcher nur zum Teil durch die aktuellen Baugebiete abgedeckt werden kann. Bei durchschnittlichen Kosten von T€ 80 pro Wohneinheit sind weitere ca. Mio. € 96 an Investitionen in der Bau- und Immobilienwirtschaft von Waldbröl und den umliegenden Dörfern für die nächsten zehn Jahre zu erwarten, mit den entsprechenden Effekten bei den Einnahmen aus Grundsteuer sowie den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer.

Das Gewerbegebiet wird weiter erschlossen und bietet mit den vorhandenen GI - Flächen dem produzierenden Gewerbe einen hervorragenden Standort. In der letzten Zeit konnten bereits Flächen für einen Handwerksbetrieb sowie für ein kleines

Industrieunternehmen bereitgestellt werden.

In den letzten Jahren sind in und um Waldbröl bereits mehr als 92 Mio. Euro investiert worden. Dazu gehören beispielsweise auch die Aufwendungen für das Kreiskrankenhaus, das European Institute of Applied Buddhism (EIAB), der Natur- und Freizeitpark Panarbora oder der Bau des Boxbergkreisels durch Straßen.NRW. Aber auch in der Zukunft sind weitere Investitionen geplant. So sind aus dem Städtebauförderprogramm in Höhe von 23.8 Mio. Euro Mittel in Höhe von 17,2 Mio. Euro bewilligt und rund 4 Mio. Euro verausgabt. Das bedeutet, dass alleine aus diesem Programm bis ca. 2025 noch ca. 20 Mio. Euro in die Innenstadt von Waldbröl fließen werden, um hier positive strukturelle Veränderungen zu schaffen.

#### **b. Konjunkturelle Veränderungen**

Die Konjunkturelle Hochphase in der Bundesrepublik als auch in Europa ebbt nicht ab. Nach den Schätzungen und Prognosen der renommierten Wirtschaftsinstitute als auch der Runde der Steuerschätzer wird im Zeitraum bis 2022 die bundesdeutsche Wirtschaft weiterhin wachsen; zuletzt wurde diese Prognose durch die sogenannten "Wirtschaftsweisen" nochmals leicht angehoben. Dies hat auch Folgen für die Steuereinnahmen der Kommunen. Es ist zu erwarten, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, auch bei identischen Hebesätzen, in absoluten Zahlen ansteigen werden. In den laufenden Planungen der Stadt Waldbröl wurde dieser Umstand berücksichtigt. Hierbei wurden allerdings auch Abschläge vorgenommen, welche die besondere Struktur der Kommune berücksichtigt.

Neben den zu erwartenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer werden auch die Einnahmen aus den Anteilen zur Einkommens- und Umsatzsteuer konjunkturell bedingt weiter ansteigen.

Der angedachte Entfall des Solidaritätszuschlages ab 2021 gemäß Koalitionsvertrag könnte, wenn dies denn eintritt, weitere Liquidität für den Konsum der Bürgerinnen und Bürger bereitstellen, welche die Anteile an der Umsatzsteuer für die Kommunen positiv beeinflussen könnten.

Die sicherlich auch zum Teil konjunkturell bedingten Verbesserungen in der Einnahmesituation beruhen in einem hohen Maße auf Entscheidungen des Stadtrates aus der Vergangenheit, auf deren Basis entsprechenden Industrie- und Wohnflächen zur Verfügung gestellt wurden und auch weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

#### **4. Zusammenfassung und Bewertung | Handlungsempfehlungen**

Die Stadt Waldbröl hat sowohl mit den getroffenen Einsparungen als auch der Umsetzung von zukunftsweisenden Maßnahmen im Rahmen des IEHK die ersten Schritte unternommen, die Attraktivität der Kommune deutlich zu steigern. Erste Bauprojekte befinden sich auf der Zielgeraden, wesentliche Meilensteine wie Merkur, das Bürgerdorf am Alsberg oder das Schwimmbad stehen kurz vor der Realisierung bzw. Umsetzung. Die im Entwurf angedachten dramatischen Steigerungen im Bereich der Hebesätze würden dazu führen, dass sowohl potentielle neue Bürgerinnen und Bürger nicht nach Waldbröl kommen als auch in Waldbröl ansässige Einwohner das Stadtgebiet verlassen. Einer der Hintergründe ist das recht niedrige verfügbare Einkommen, welches den Bürgerinnen und Bürgern in Waldbröl zur Verfügung steht. Waldbröl ist die einkommensschwächste Kommune in Oberberg. Um einen parallel zur industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt entstehenden Zuzug junger Familien und qualifizierter Arbeitskräfte mit guten Einkünften zu realisieren, braucht unsere Stadt eine Steigerung ihrer Attraktivität. Dazu zählt neben der vorhandenen Infrastruktur das Zur Verfügung stellen von qualifizierten Arbeitsplätzen und bezahlbare und angemessene Steuersätze. Die höheren Hebesätze bei der Gewerbesteuer sind ein deutliches Investitionshemmnis für die bestehenden Unternehmen und führen zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil der Stadt Waldbröl bei der Suche nach neuen Investoren - besonders in dem neuen Gewerbegebiet.

Die Bürgerinnen und Bürger haben über Jahrzehnte die vorhandene Infrastruktur und die entsprechenden Personal- und Sachaufwendungen der Stadt Waldbröl als Schulträger finanziert, obwohl fast 40 % der Schülerinnen und Schüler aus Nachbarkommunen beschult wurden und werden, ohne einen auskömmlichen Ausgleich zu erhalten. Hier bleibt deshalb festzuhalten, dass Investitionen in den Bereich der Bildung, aber auch sozialpolitische Hintergründe wie eine sich wandelnde Arbeitswelt, nicht angemessen honoriert werden.

#### **Handlungsempfehlungen**

- Entlastung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gewerbetreibenden von Aufwendungen, welche durch Dritte verursacht werden – Konnexitätsprinzip
- Gründung eines "Schulzweckverbandes" auf Kreisebene, damit die Aufwendungen für Bildung auf deutlich mehr Schultern verteilt werden
- Korrekturen bei der Gemeindefinanzierung – Anhebung der Verbundmasse für Kommunen
- Veränderungen in der Struktur des NKF - Kommunen sind keine Unternehmen; hier sind spezifische Anpassungen vorzunehmen

Der Rat der Stadt Waldbröl hat sich seit 2013, mit Beginn des Haushaltssicherungskonzeptes, intensiv um eine strukturelle Entwicklung der Kommune bemüht und, wie bereits dargestellt, zwei Integrierte

Entwicklungs- und Handlungskonzepte erstellt. Sie haben ein gemeinsames Ziel: Die langfristige Stärkung der Struktur unserer Kommune. Das bereits entstandene und in Zukunft daraus zu erwartende Potential ist erkennbar. Diese Entwicklung sollte von der Kommunalaufsicht konstruktiv begleitet werden.

Für die Fraktionen

UWG

FDP

Bündnis 90/Die Grünen

SPD

Roger Helzer

Herbert Greb

Claudia Hein

Bernd Kronenberg